



Frauen Union Südbaden
Miriam Kammerer
Pressesprecherin
Oberndorfer Straaße 52
78628 Rottweil
miriamkammerer@yahoo.de

Pressemitteilung

Zwangsprostitution und Menschenhandel eindämmen – Nordisches Modell einführen

Frauen Union Südbaden begrüßt Vorstoß von Abgeordneten der CDU und SPD im Deutschen Bundestag

Die Frauen Südbaden begrüßt ausdrücklich den Vorstoß verschiedener Abgeordneter aus den Regierungsfractionen, die aufgrund der Corona-Pandemie verfügte Schließung der Bordelle weiter aufrechtzuerhalten und darüber hinaus die Gelegenheit zu nutzen, das Prostitutionsgesetz zu reformieren mit dem Ziel, Sexkauf künftig unter Strafe zu stellen.

„Gerade hier in Südbaden mit der Grenze zu Frankreich und der Schweiz, wo wesentlich strengere Prostitutionsgesetze gelten, wodurch sich die Prostitution nach Deutschland verlagert, kommen die zerstörerischen und frauenverachtenden Auswirkungen der Prostitution besonders zum Tragen“, so die Vorsitzende der Frauen Union Südbaden Helga Gund, „und wir wissen, dass die meisten Prostituierten keineswegs freiwillig in der Prostitution arbeiten, sondern getäuscht, erpresst und bedroht werden.“

Während die Bemühungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Prostituierten in Deutschland nachhaltig zu verbessern sowie Menschenhandel und Zwangsprostitution zurückzudrängen eher das Gegenteil bewirkt haben, hat das „Nordische Modell“ seit seiner Einführung in Schweden nachhaltige Veränderungen bewirkt.

Dieses Modell stellt insbesondere den Sexkauf von Freiern unter Strafe, während die Prostituierte straffrei bleibt. Weitere europäische Länder wie Norwegen, Island, Irland, Nordirland und Frankreich sind dem schwedischen Beispiel mittlerweile gefolgt. Das Europäische Parlament hat seinen Mitgliedsstaaten 2014 empfohlen, ein Sexkaufverbot einzuführen. „Im Gegensatz zur letzten Reform des Prostituiertengesetzes in Deutschland hat sich dieses „Nordische Modell“ bewährt und nachhaltige Änderungen bewirkt“, so Gund „Wir wollen, dass auch Deutschland künftig diesen Weg geht.“

Darüber hinaus sei der Zwang zur Prostitution kein Kavaliersdelikt und weit stärker zu ahnden. Die Beschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus bieten jetzt die Chance, im Bereich der Prostitution umzusteuern.

Das Schreiben der Bundestagsabgeordneten wurde unter anderem von dem früheren Gesundheitsminister Hermann Gröhe, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, der frauenpolitischen Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion Yvonne Magwas und auf Seiten der SPD von Karl Lauterbach, Leni Breymaier und Johannes Fechner unterzeichnet.

Die Frauen Union Südbaden hat sich immer wieder für die Bekämpfung von Zwangsprostitution, für eine selbstbestimmte Sexualität und gegen Gewalt gegen Frauen eingesetzt.